Thorner Zeitung



Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefträger ins Haus gebr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 34 — Sonntag, 9. Februar — 1919

Das Sprachrohr des deutschen Volkes.

Unser nach Weimar entsandter Sonderberichterstatter drahtet:

Wer in den letzten Tagen Gelegenheit hatte, das politische Treiben in Weimar aus nächster Nähe zu beobachten, der konnte neben erhebenden auch weniger erhebende Eindrücke sammeln. Nicht als ob nun jeder der 400 Vertrauensleute des deutschen Volkes ein Mirabeau an Beredsamkeit und ein Danton an Feuer sein müßte, nicht als ob man verlangte, daß jedes Wort und jede Handlung in Weimar von feierlichem Hochschwung getragen sein müßte, aber die Erkenntnis der politischen Hochziele und den festen einigenden Willen müssen wir von der Nationalversammlung verlangen. Sind politische Kämpfe auszutragen, so müssen sie mehr sein als ein Handel zwischen den Parteien. Bisher scheint es, als ob der Zuwachs, den die Fraktionen am 19. Januar gewonnen haben, sich ziemlich kräftig in dem Sinne bemerkbar machte, daß die bisher führenden Leute mit Geschick und Nachdruck in den Hintergrund gedrängt werden sollen. Die Fraktionen stabilieren sich als Selbstherrscher und wollen alles von sich aus regeln und entscheiden. Das ergab ein allgemeines Hin und Her der Entschlüsse und zeigte sich besonders deutlich bei den interfraktionellen Besprechungen, die am Freitag aufgenommen wurden. Es war recht schwierig, besonders in der Regierungsfrage, zu einer Einigung zu gelangen. So wurde mehrfach gemeldet, daß das Zentrum ablehne, in die neue Regierung einzutreten und ebenso oft, daß sich längst dazu entschlossen habe. Tatsächlich lagen die Dinge so, daß der Eintritt von gewissen Bedingungen abhängig gemacht war, die auf kulturellem und bundesstaatlichem Gebiete lagen und daß von der Bewilligung u. von der Ablehnung dieser beiden Bedingungen durch die Mehrheitssozialisten u. die Demokraten alles abhing. Die provisorische Regierung und Herr Scheidemann als künftiger Kanzler hielten sich vollkommen zurück, eine Tatsache, die man bedauern muß, weil ein Ministerpräsident sich sein Ministerium selbst bilden muß und es sich nicht von den Fraktionen vorschreiben lassen kann. Diese Freiheit des Ministerpräsidenten, die schon Max v. Baden hatte, besteht in allen parlamentarisch regierten Ländern und sichert erst eigentlich die Arbeitsfähigkeit des kommenden Kabinetts. Der jetzige Zustand, daß die Regierungsmitglieder von den Fraktionen präsentiert werden, erscheint unhaltbar und darf nicht zu einer dauernden Einrichtung werden. Aller Parteiegoismus sollte hintangestellt werden, denn die Stunde verlangt dringender als je ein großes Geschlecht. Die Nationalversammlung soll das Sprachrohr der deutschen Nation werden und nichts darf geschehen, was sie dieser Aufgabe untreu macht. Das deutsche Volk verlangt von der Nationalversammlung, daß in Weimar die Stimme Deutschlands sich endlich in der Welt bemerkbar macht. Herr Ebert ist da in seiner Rede mit gutem Beispiel vorangegangen. Sein Appell an die Entente wird von der Nationalversammlung noch einmal und in noch eindrucksvollerer Form wiederholt werden. Einstweilen spielen die Personenfragen, die in den interfraktionellen Beratungen besprochen werden, noch eine große Rolle. Doch wird hoffentlich hier bald eine Lösung erzielt werden. Es ist vorgesehen, daß der Montag sitzungsfrei bleibt und daß dann am Dienstag die Wahl des Reichspräsidenten stattfindet, über die man sich bis dahin klar zu werden hofft. Allgemein wird angenommen, daß Ebert Reichspräsident wird. Danach wird man dann an das eigentliche Verfassungswerk gehen können. So wichtig die Personenfrage ist und so bedeutsam auch die Arbeit an der Verfassung erscheint, die größere Pflicht der Vertreter des deutschen Volkes, die jetzt über unsere Zukunft zu entscheiden haben, ist, in allen Dingen, die jetzt behandelt werden müssen, an nichts anderes als an das ganze Deutschland, an das ganze deutsche Volk, zu denken und durch dieses Denken und große Handeln die Nationalversammlung zu einem dauernden Merkstein in der Geschichte Deutschlands werden zu lassen.

Neueste Nachrichten.

Bromberger Tagesbericht.

Bromberg, 8. Februar. (Drahtnachricht.) Vor überlegenen polnischen Kräften zogen sich unsere Truppen aus Grüntal zurück. Ein polnischer Angriff auf Murowanitz hatte vorübergehend Erfolg, wurde aber durch den Gegenstoß einer Kompagnie des Grenzschutz-Batls. 3 abgewiesen und der Gegner bis Bielawy zurückgeworfen. Eine polnische Seitendeckung, die in Stärke von 30 Mann bei Ruden über den Kanal zu stoßen versuchte, wurde durch Maschinengewehrfeuer unter Verlusten versprengt.

Kiel im Belagerungszustand.

Berlin, 7. Februar. (Dr.) Ueber Kiel ist gestern abend der Belagerungszustand verhängt worden. Der Bahnhof wurde Freitag nachmittag wieder geschlossen. Die Hochbrücken über den Kaiser Wilhelm Kanal, die von Spartakisten besetzt waren, sind wieder frei. Die Macht der Spartakisten scheint gebrochen zu sein.

Die Verluste der Regierungstruppen bei der Einnahme Bremens.

Bremen, 7 Februar. (Dr) Bösemanns Büro meldet: Bislang haben die Regierungstruppen 10 schwere Maschinengewehre, 9 leichte Maschinengewehre, 1 Feldkanone und eine Anzahl Infanterie und Seitengewehre erbeutet. Die Verluste der Regierungstruppen betragen bei der Landesschützenbrigade 7 Tote und 27 Verwundete, bei der Matrosenbrigade 8 Tote und 11 Verwundete, beim Freikorps Caspari 4 Tote und 19 Verwundete, im ganzen 19 Tote und 57 Verwundete.

Die Sozialistenkonferenz in Bern zur elsaß-lothringischen Frage.

Bern, 7. Februar. (Drahtnachricht). Im Anschluß an die heutige Vormittagssitzung der internationalen Sozialistenkonferenz gab Misdral im Namen der französischen Delegierten die Erklärung ab, daß sie die Entschließung über die Gebietsfragen auch im Sinne des Plebiszit für Elsaß-Lothringen annehmen. Nachdem u. a. in der Nachmittagssitzung der armenische Vertreter eine Entschließung für ein unabhängiges Armenien eingebracht hatte, kam Renaudel auf die elsaß-lothringische Frage zu sprechen.

Die Revanchidee sei niemals in Frankreich derart stark gewesen, daß Frankreich deswegen einen Krieg hätte führen können. Elsaß-Lothringen habe die Autonomie verlangt, um den Krieg zu vermeiden. Deutschland habe die Autonomie verweigert und den Krieg erklärt. Die Alldeutschen verlangten das Plebiszit, um Agitation betreiben zu können. Die über die Gebietsfragen vorliegende Entschließung sei hinsichtlich des Plebiszit zu scharf gehalten. Der Redner bespricht dann noch die deutsche Entschließung betreffend das linke Rheinufer und das Saarbecken und erklärte unter stürmischem Beifall, daß die französische Sozialdemokratie sich jeder Annexion ausgenommen der von Elsaß-Lothringen widersetze.

Die Streikbewegung in England.

Amsterdam, 7. Februar. (Dr.) Allgemeen Handelsblad meldet aus London, daß der Streik auf der Untergrundbahn beendet ist.

London, 7. Februar. (Dr) Der Sekretär der Gewerkschaft der Lokomotivführer hat erklärt, daß um Mitternacht der Befehl zur Beendigung des Streiks ausgegeben wurde. Die Maßregeln für einen allgemeinen Eisenbahnstreik sind wieder rückgängig gemacht worden. Ein kleiner Teil der Metallarbeiter in Clyde hat die Arbeit wieder aufgenommen, aber die Werften liegen still und die Ausständigen erklären, daß sie die Arbeit erst dann wieder aufnehmen wollen, wenn die 40stündige Arbeitswoche gesichert ist. Der Streik unter den Londoner Elektrizitätsarbeiten ist nicht allgemein. Der öffentliche Dienst wurde bisher nicht gestört.

Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht von der deutschen Nationalversammlung in Weimar vom 7. Februar 1919.

Weimar, den 7. Februar. In der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung gelangte zunächst eine große Anzahl von Begrüßungstelegrammen und Adressen an die deutsche Nationalversammlung zur Verlesung, die aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs eingegangen waren.

Bei der dann vorgenommenen Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung entfielen von 399 abgegebenen Stimmen auf den Sozialdemokraten Dr. David, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, 354 Stimmen, drei waren zersplittert, 22 Zettel unbeschrieben (Zurufe: Aha, aha, die Unabhängigen!)

David erklärte, daß er die Wahl annehme, und nahm hierauf den Präsidentensitz ein. In einer Ansprache versprach er, das schwere, verantwortungsvolle Amt gerecht und unparteiisch zu verwalten. Gewaltige Aufgaben harren unser. Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem zermürbt und zertrümmert. Der alte Bau ist zusammengestürzt, wir sollen einen neuen errichten. An Stelle des früheren, auf Vorrechten einzelner und staatsbürgerlicher Bevorzugung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beruhende Demokratie treten.

Weimar, 7. Februar. (W. T. B). In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden folgende Abgeordnete zu Schriftführern gewählt: Richard Fischer Berlin (Soz), Dr. Neumann-Hofer (Demokrat), Stückten (Soz), Dr. Pfeiffer (Ztr.), Adolf Kempke (Deutsche Volkspartei), Boltz (Ztr.), Malkewitz (Deutschnationale Volkspartei) und Frau Agnes (Unabh. Soz).

Wilsons Auffassung von der Freiheit der Meere.

Amsterdam, 7. Februar. (Dr.) Der „Morging Post" zufolge haben Wilson und seine Mitarbeiter die amerikanische Auffassung von der Freiheit der Meere, die der Friedenskonferenz unterbreitet werden soll, folgendermaßen formuliert:

1. Keine Nation soll eine so große Flotte besitzen, daß sie imstande wäre, die Kontrolle über die Meere allein auszuüben.

2. Die Kriegsregeln sollen während eines Krieges nicht geändert werden.

3. Jede Nation, gleichviel ob kriegführend oder neutral, soll für die Einhaltung der zur See geltenden Regeln in Kriegszeiten streng verantwortlich gemacht werden.

Die Kriegsgefangenenfrage.

Berlin, 7. Februar. (Drahtnachricht) Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Zwei Vertretern des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, dem bereits über 10 Millionen Deutsche angehören, soll in Spaa Gelegenheit gegeben werden, den Gegnern, die bisher zu keinem Entgegenkommen in der Frage der Heimbeförderung unserer Gefangenen zu bewegen waren, persönlich ihre Wünsche vorzutragen.

In einer der letzten Sitzungen der interalliierten Waffenstillstandskommission in Spaa bat General von Hammerstein, der neue Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, den General Nudant, eine Sitzung der Unterkommission für Kriegsgefangene einzuberufen, um den beiden Herren zu ermöglichen, der feindlichen Unterkommission die Wünsche der deutschen Bevölkerung vorzutragen. Nudant erklärte sich nur bereit, alle Mitteilungen durch den deutschen Vorsitzenden entgegenzunehmen und weiter zu leiten. Er könne nur wiederholen, daß die Alliierten auf ihrem Standpunkt beharren, die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen erst auf der Friedenskonferenz zu regeln. General v. Hammerstein erwiderte, das sei wohl der Rechtsstandpunkt, doch hoffe er, daß von den Alliierten aus Gründen der Menschlichkeit die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen schon vor Beginn der Friedensverhandlungen erwogen werde. General Nudant erklärte nochmals er sei bereit, eine erneute Bitte des deutschen Vorsitzenden wegen der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen den verbündeten Regierungen zu übermitteln.

Frankreich gegen die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln.

Haag, 6. Februar. Der Pariser Spezialkorrespondent der „Newyork World", Swope, berichtet, daß Wilson dafür eintritt, Deutschland Lebensmittel zu senden, Frankreich sei dagegen.

Die Kämpfe in der Provinz Posen.

Rawitsch, 7. Februar. (Drahtnachricht.) Der deutsche Volksrat veröffentlicht folgenden Gefechtsbericht des Abschnitt-Kommandeurs:

Am 6 2 um 5 Uhr nachmittags griff der Feind Friedrichsweiler erneut an. Durch die Volkswehr Friedrichsweiler und Teile der Garnisonkompagnie Rawitsch wurde er abgewiesen. Es gelang ihm nur, den Kirchhof zu besetzen. Abends beschossen wir den sehr lebhaften feindlichen Verkehr von Gründorf und Wydawy Die Nacht war völlig ruhig. Am Vormittag des 7. 2. gingen Jäger mit Begleitbatterien, die Sarner Bürgerwehr und die Pioniere unter kräftiger Unterstützung der übrigen Artillerie zum Angriff auf Sarne vor. Der Kirchhof Friedrichsweiler, Karlsruhe und Vorwerk Folusz wurden genommen. Um 12 Uhr mittags waren Sarne und Sarnowsko wieder in unserer Hand. Die beiden aus Lissa zur Unterstützung geschickten Panzerzüge haben hervorragenden Anteil an der Wiedereroberung. Flieger aus Lissa beteiligten sich am Kampf.

Die Verhandlungen mit den Polen.

Was in den letzten Tagen in Berlin mit den polnischen Vertretern in Einzelheiten verhandelt worden ist, wurde nicht bekannt gegeben; doch besagten die Gerüchte immer wieder, daß man im allgemeinen mit dem Verlauf der Unterhandlungen zufrieden sei. Nun wird das erste Positive bekannt, daß nämlich am 7. Februar mittags ein Waffenstillstand beginnt, der vorläufig auf den Zeitraum von 14 Tagen abgeschlossen ist. Die Polenvertreter haben sich wieder nach Posen zurückbegeben und werden dort nun die Berliner Vorschläge vortragen und beraten. Es ist zu hoffen, daß die Polen sich während des Waffenstillstandes auch wirklich aller neuen Uebergriffe und Gewalttaten enthalten. Vielleicht ist für die polnische Bereitwilligkeit zum Waffenstillstand die mahnende Drohung der Entente maßgebend gewesen; daneben die Einsicht, daß jetzt unser Ostschutz in der Hand Hindenburgs liegt, der sich bekanntlich über unsere Defensiv-Maßnahmen sehr zufrieden geäußert hat und sicherlich, wenn es die Polen nicht anders haben wollen, auch von der Verteidigung zum Angriff schreiten wird. Daß dies nicht nötig sein werde, ist der Wunsch jedes Deutschen. Die Tatsache des Waffenstillstandes mit Polen ist jedenfalls gleichbedeutend mit der Hoffnung, daß sich unser Gegner doch noch in letzter Minute zur Besonnenheit bekehren wird.

Durch die obige Darstellung, die vom 7. Februar herrührt, scheint eine ältere amtliche Meldung vom 6. Februar überholt zu sein; danach hat die preußische Regierung die Auflösung der polnischen Armee innerhalb der deutschen Reichsgrenzen und die Wiedereinsetzung der preußischen Behörden gefordert, worauf die Bevollmächtigten des polnischen obersten Volksrates zwar den Rechtsstandpunkt der preußischen Regierung nach der formalen Seite hin anerkannten, aber erklärten die durchaus preußischerseits hergeleiteten Forderungen angesichts der tatsächlichen Verhältnisse nicht erfüllen zu können. Insbesondere lehnten sie die verlangte sofortige Waffenniederlegung ab. Statt dessen schlugen sie vor, die Verhandlungen auf zwei Wochen zu vertagen und während dieser Zeit beiderseits die Kampfhandlungen einzustellen.

Die preußische Regierung hat darauf im Einverständnis mit der Reichsleitung dem polnischen obersten Volksrat mitgeteilt, daß die Einstellung der Kampfhandlungen nur unter der Bedingung bewilligt werden könne, daß keine polnischen bewaffneten Formationen innerhalb der deutschen Reichsgrenze verblieben.

Die Berichte über fortdauernde Kämpfe in der Provinz Posen lassen erkennen, daß der Waffenstillstand augenblicklich jedenfalls noch nicht wirksam ist. Die Zuverlässigkeit der widersprechenden Meldungen gegen einander abzuwägen, ist unter den gegebenen Verhältnissen schwer möglich.

Der drohende Staatsbankerott.

München, 6. Februar. Der bekannte bayrische Volkswirtschaftler Potthoff machte in öffentlicher Sitzung über die wirtschaftliche Lage Deutschlands folgende Mitteilung: Ueber Nacht kann, wenn die Arbeit nicht allseitig sofort aufgenommen wird, der Staatsbankerott da sein. Wir haben bereits über 200 Milliarden Schulden. Wir haben kein Geld, sondern nur noch Papier. Eine Verminderung der Ausgaben und damit der Verschuldung von Reich, Staat und Gemeinden, sowie die Schaffung von Werten durch Erhöhung des Arbeitswillens und sachgemäße Regelung der Arbeitsverhältnisse ist unbedingt nötig.

Bilder aus der Eröffnungssitzung in Weimar.

Infolga der Unregelmäßigkeiten im Verkehrswesen ist der Bericht des für uns in Weimar tätigen Mitarbeiters über die Eröffnungsversammlung so spät in unsere Hände gelangt, daß wir ihn unseren Lesern gestern nicht mehr mitteilen konnten. Wir haben daher gestern den Bericht des Wolffschen Bureaus über den Verlauf der Sitzung veröffentlicht. Aus dem aus Weimar verspätet eingelaufenen Bericht unseres dortigen Vertreters sei nur noch einiges nachgetragen, was das äußere Bild der Eröffnungssitzung schildert.

Auf der hohen Tribüne im Hintergrund der Bühne stand der Präsidentenstuhl, der zunächst unbesetzt blieb. Rechts und links davon die Sitzreihen der Regierung, des Staatsministeriums und der Vertreter der Bundesstaaten. Zwischen die Mitglieder der Reichsregierung war Herr **Hirsch**, der preußische Ministerpräsident, eingerückt, und dahinter sah man zwischen den Herren **Preuß** und **Erzberger** den achselstücklosen Kriegsminister **Reinhardt**. In der Mittelloge über dem Zuschauerraum hatten die Vertreter Deutsch-Oesterreichs Platz genommen; daneben saßen die Abgesandten Elsaß-Lothringens, die um ein Mandat zur Nationalversammlung nachsuchen werden. Man entdeckte in der Versammlung der Abgeordneten nacheinander eine große Reihe von Charakterköpfen des alten Reichstags, so den Grafen im Barte **Posadowsky**, den Abgeordneten **Gröber** (Ztr.) und andere. Von den neuen Männern fiel **Rießer** vom Hansa-Bund auf. Der Zugang zur Nationalversammlung war selbst für die Abgeordneten nicht ganz leicht. Das Theater war in einem Umkreis abgesperrt, und vor der Front des Gebäudes war eine Ehrenkompanie aufgestellt. Die Sitzung begann pünktlich 3 Uhr 15 Min. Herr Ebert hielt seine angekündigte Begrüßungsrede, die wir gestern wiedergegeben haben. Ebert schilderte und kritisierte die Handlungen der verflossenen Regierung; die Rechte quittierte über jede dieser Bemerkungen mit häufig recht lebhaftem Widerspruch. Schon die bloße Feststellung, daß die Nationalversammlung das absolute Ende der früheren Gewaltherrschaft darstelle, löste ein kräftiges Oho auf der rechten Seite des Hauses aus. Und als Herr Ebert weiter erklärte, mit der Monarchie und den Souveränen sei es für immer vorbei, hörte man durchdringendes Zischen und den Zuruf: „Abwarten“. Nachhaltigen Eindruck machte der außerordentlich wirkungsvolle und geschickt formulierte Protest gegen die Entente mit der Warnung, daß wir einen Gewaltfrieden ablehnen würden. Ebenso wirksam war die erneute Forderuug auf Freilassung unserer Kriegsgefangenen, und eine herzliche Aufnahme fanden die warmen Worte zu Gunsten Deutsch-Oesterreichs. Einen kleinen kennzeichnenden Zwischenfall erlebte man, als Herr Ebert sich plötzlich unmittelbar an die Rechte wandte und gegen deren fortgesetzte Unterbrechungen mit der Bemerkung Einspruch erhob, daß die Herrschaften dort die Forderungen des Tages und der Lage noch immer nicht erkannt hätten. Es versteht sich von selbst, daß, während der Beifall der Linken auf die Rede Eberts stark war, von der rechten Seite des Hauses zustimmende Aeußerungen nicht zu erwarten waren Nach Ebert nahm dann **Pfannkuch** als Alterspräsident das Wort, und seine Rede, so besonnen und geschickt sie angelegt war, schien die Rechte noch mehr zu reizen. Danach schritt zur Auszählung der anwesenden Abgeordneten, wobei man die Merkwürdigkeit erlebte, daß genau 397 Abgeordnete sich auf den Namensaufruf meldeten — der Mitgliederbestand des alten Reichstages! Die zuerst vorgesehene Rede des Abgesandten der Deutsch-Oesterreicher, Ludo **Hartmann**, fand nicht statt, da Regierung und Parteifuhrer sich auf den Standpunkt gestellt hatten, daß in der Nationalversammlung nur Regierungsmitglieder und Gewählte das Wort nehmen dürften.

Die Nationalversammlung und das Schicksal unserer Kolonien.

Unter dem Beifall der Abgeordneten aller Parteirichtungen hat der Volksbeauftragte **Ebert** in der Eröffnungsrede zur Nationalversammlung erklärt: „Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Feinden entspringt ihr Bestreben, sich schadlos zu halten am deutschen Volke, wird der Ausbeutungsgedanke in das Friedenswerk hineingetragen Diese Rache- und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus. Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre zum Lohnsklaven anderer Länder gemacht werden. Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Handinhandgehen der Völker“.

Im weiteren Verlauf seiner Rede warnte Ebert die Gegner, uns nicht zum äußersten zu treiben. Wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die **Neugestaltung der Welt** zuzuschieben.

Ob der Redner dabei auch an das Schicksal unserer Kolonien dachte, die nach der Absicht unserer Feinde unter den Völkerbund verteilt werden sollen, bleibe dahingestellt. Jedenfalls handelt es sich da um eine Lebensfrage für Deutschland.

„Die Natinnalversammlung hat das Wort!“ so schreibt dazu der Bezirksamtmann a. D. Dr. **Karstedt** (Steglitz). „Wer etwas zwischen den Zeilen zu lesen versteht, merkt es deutlich genug, daß unsere zur Verteilung des Fells in Paris versammelten Gegner sich über das Schicksal unserer Kolonien bös in die Haare geraten sind. Zunächst hatten Frankreich, England und Italien ein Separatabkommen getroffen, das ohne Rücksicht auf Punkt 5 des Wilsonsprogramms die deutschen Kolonien unter die drei Genannten verteilte. Dann wurde bekannt gegeben, daß das Schicksal unseres Kolonialbesitzes vom Völkerbund entschieden werden würde. Diese augenscheinlich von Wilson inspirierte Auffassung paßte aber namentlich Frankreich nicht, das bald darauf aus Ministermund verkünden ließ, daß es Togo und Kamerun für sich beanspruche. Wieder setzte Wilson ein, der 12 Stunden später die Rede für nicht gehalten erklären ließ. Und so wird der Kampf sich sicherlich noch mehrfach wiederholen und den Beweis dafür liefern, ein wie zynisch unehrliches Spiel unsere Gegner in ihrer Ländergier in der kolonialen Frage treiben, trotzdem sie sich ausdrücklich der Wilsonschen Forderung nach einer gerechten und weitherzigen, den Bedürfnissen der Kulturstaaten entsprechenden Regelung der kolonialen Besitzverhältnisse angeschlossen haben.

Schon mehren sich aber auch die Stimmen bei Amerikanern und Neutralen, die angesichts des Wilsonschen Kampfes um seine kolonialen Ziele und angesichts der absoluten Passivität Deutschlands im Ringen um seine eigenen Kolonien fragen, ob es sich überhaupt für die amerikanische Politik lohnt, sich für Deutschlands Ansprüche ins Zeug zu legen. Man wird gerade aus der Passivität Deutschlands in England Kapital schlagen, um Wilson zu beweisen, daß sein ganzes Verhalten nur das Einrennen offener Türen bedeutet. Will sich aber das deutsche Volk vor der Nachwelt nicht dem Vorwurf der frevelhaftesten Dummheit aussetzen, dann muß es der Entente diese gefährliche Waffe schleunigst aus den Händen ringen! Zu viel haben wir schon preisgeben müssen, als daß wir noch Opfer freiwillig bringen könnten, die bei einiger Festigkeit unserer Regierung uns erspart bleiben könnten. Freilich: wir haben das Gefühl, daß auch in dieser Frage die Regierung sich letzten Endes gar nicht bewußt ist, welche Werte für Gegenwart und Zukunft durch ihre Art des Gehenlassens gefährdet werden. Dann sollte aber endlich einmal die Nationalversammlung das erlösende Wort finden! Das Ausland schaut in Spannung auf sie und ihre Leistungsfähigkeit. Davon, ob sie einen nationalen Willen zu vertreten weiß oder zum Schauplatz eines öden, nicht über den nächsten Tag hinwegblickenden Parteigezänks wird, hängt es ab, ob Deutschland trotz der außenpolitischen Versäumnisse der letzten Monate noch lebensfähig sein wird oder nicht. Will die Nationalversammlung zum Schöpfer des neuen Deutschlands werden, dann muß sie beweisen, daß in Deutschland noch ein nationaler Wille lebt Will sie kluge Wel politik treiben, dann soll sie aber auch verstehen, die Lage zu nutzen, wie sie durch Wilsons Festhalten an seiner kolonialen Politik gegen die Entente gegeben ist. Von der Frage, was wir an Kolonialgeltung aus dem Zusammenbruch retten, hängt ein gutes Teil unserer wirtschaftlichen Zukunftsaussichten ab. Pflicht der Nationalversammlung ist es, endlich das Wort zu sprechen, auf das mit Tausenden von Kolonialdeutschen Millionen von Deutschen warten, die wissen, was uns unsere Kolonien waren und was sie uns werden sollen. Wir lassen nicht mit uns feilschen um unsere nationalen Rechte. Beharren England und Frankreich auf ihren Raubabsichten, dann sollen sie sich auch mit dem Gedanken abfinden, daß wir diesen Raub nie und nimmer anerkennen werden. Das mit aller Deutlichkeit auszusprechen, ist die Nationalversammlung unserer kolonialen Vergangenheit, unserer Gegenwart und unserer Zukunft schuldig!“

Bauernbund oder Bund der Landwirte?

Herr Fritz **Hackbarth**, Besitzer in Gramtschen, schreibt uns in einem Rückblick auf die Wahlkämpfe, in die er selbst tatkräftig eingegriffen hat, folgendes:

Der Wahlkampf ist vorbei, zwei Wahlen innerhalb acht Tagen sind erledigt. Schon oft habe ich gekämpft, politisch wie auch im Felde. Aber selten bin ich auf so niedrige Gesinnung und soviel Lüge gestoßen, wie sie in diesem Wahlkampf gegen uns mobil gemacht wurden: falsche Namen unter den Aufrufen, sinnlose Schundbilder, Aufrufe mit verdrehtem Text unter Fortlassung bestimmter Sätze, sodaß den Lesern ein anderer Sinn vorgeführt wurde. Veraltete Aufrufe und Aussprüche aus längst vergangenen Zeiten, alles mußte helfen. Dazu kamen die Einwirkungen behördlicher Stellen, welche vertraulich Anweisung gaben, wie gewählt werden sollte. Auch einzelne kirchliche Vertreter auf dem Lande betätigten sich in diesem Sinne. Einige Offiziere ließen sich hinreißen, ihre eigenen Kameraden öffentlich herabzusetzen, weil diese sich zur demokratischen Partei bekannten. Hoffentlich kämpfen wir bei nächster Gelegenheit, wenn auch ebenso scharf, so doch etwas sachlicher miteinander. Unsere Politik ist die des deutschen Bauernbundes, welcher geschlossen mit der demokratischen Partei geht. Es besteht in seiner Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen ein grundsätzlicher Unterschied der Form gegenüber der Politik des Bundes der Landwirte. Die Bedrohungen, die der B. d. L. sogar Mitgliedern der konservativen Partei gegenüber anwandte, sein Vorgehen gegen Dietrich und Kröcker, seine Ritte gegen das Zentrum, der dauernde Terrorismus gegen die Nationalliberalen, sind bekannt. So war der Zeitpunkt vorauszusehen, in dem die Mehrheit der Bevölkerung und die Mehrheit der Abgeordneten gegen die Landwirtschaft Stellung nehmen würde, und das alles wegen der einseitigen, verrannten Politik des Bundes der Landwirte.

Dementsprechend richtete der Bauernbund seine Politik ein. Dabei hatte der B. d. L. den Vorzug, den Beifall aller kurzsichtigen Landwirte, und derjenigen, die unter dem Einfluß der Großgrundbesitzer standen, zu finden, die den Zusammenhang der Dinge nicht übersahen, und denen es willkommen war, wenn die äußerste Schärfe gegen alle diejenigen angewandt wurde, die von den Forderungen des B. d. L. abwichen. Die Massen des deutschen Landvolkes stehen vor folgenschwerer Entscheidung. Ein Teil von ihnen war bis zum Kriege der stets vertrauende und geduldige Gefolgsmann der feudalen Herrenschicht. Er duldete die Führung durch den Großgrundbesitz, weil er wirtschaftspolitische Vorteile davon erhoffte. Das Gegenteil davon ist heute eingetreten.

Die deutsche Landwirtschaft steht mit dem Gesamtstaate heute vor einem Zusammenbruch, der alles zu verschlingen droht, und das nur, weil die Warnungen davor wirkungslos verhallt sind, die darauf hinwiesen, daß nur rechtzeitige und weise Reformen die Ruhe des Staates aufrechterhalten können, daß die Reaktion die Schrittmacherin des Umsturzes sei.

Der Bauern-Bund trat ein für die gerechte Berücksichtigung der Viehbestände, trotzdem blieb die Verteilung der Kleie ungerecht und willkürlich, die Gerste wurde beschlagnahmt zum gleichen Prozentsatz bei den viehreichen Kleinbetrieben wie bei dem viehschwachen Großgrundbesitz.

Der Einfluß des Großgrundbesitzes im Bundesrat, im preußischen Landwirtschaftsministerium, wie auch bei dem konservativen Präsidenten des Kriegsernährungsamts hat dies vermocht.

Heute ist an Stelle der äußersten Rechten die äußerste Linke getreten und es bestimmen im Landwirtschaftsministerium wie auch im Kriegsernährungsamt unabhängige Sozialisten, ebenfalls zum Nachteil der Landwirtschaft.

Unter dem Einfluß der konservativen großagrarischen Schichten, denen die kleine Landwirtschaft fremd ist, blieben bestehen das System des Saatgutwuchers, die Bevorzugung der Saatgutwirtschaft, die Druschprämien, eine ungerechte Verteilung des künstlichen Düngers, zum Schaden des Kleinbetriebes.

Der vom B. d. L. gefeierte und gestützte Landwirtschaftsminister v. Schorlemer brachte das ungeheuerliche Fideikommißgesetz zur Vorlage, das in seiner ersten Form den feudalen Fideikommißgründern neue Vorteile bringen sollte, ein Hohn auf die Blutopfer und den Hunger des Volkes.

Wer soll die Landwirtschaft führen? Die bankerotte Politik, die ein seltenes Maß von Schuld gegen ihren Beruf auf sich geladen haben, die auch die ihnen gebotene Mgölichkeit, durch ihren Rücktritt eine einige Front der Landwirtschaft herzustellen, nicht ergriffen haben? Nein, sie beharren mit verbissenem Starrsinn auf ihren Plätzen — siehe die Wahl des Dr. Roesicke, Vorstandes des B. d. L., durch die Deutschnationale Volkspartei in Westpreußen. Reinen Gewissens treten wir deshalb weiter ein in den Kampf gegen diese Elemente, unser Programm entspricht den freiheitlichen Anschauungen und den Lebensinteressen der Landwirtschaft.

Dort B. d. L. und Reaktion mit ihren alten bevorrechtigten, starrköpfigen Führern, hier Deutscher Bauernbund mit den Vertretern aus dem Bauernstande, Männer einfach und schlicht aber mit Herz und Gefühl für den kleinen Grundbesitzer.

Bauern, Landarbeiter, organisiert Euch so schnell es geht, Eile tut not; schließt Euch zusammen im Deutschen Bauern-Bund zu einer großen, mächtigen und starken Bauernpartei, nur so können wir gegen alles Schädliche ankämpfen und unsere Interessen wirkungsvoll vertreten.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 8. Februar 1919.

— **Die Fahrtgenehmigung für deutsche Kohlendampfer nach Danzig und Königsberg verweigert.** Das an Admiral Browning gerichtete Ersuchen um Fahrtgenehmigung für deutsche Kohlendampfer nach Danzig und Königsberg ist abgelehnt worden. Die Seestreitkräfte der Entente haben die Anweisung erhalten, solche Kohlendampfer zu kapern. Tatsächlich fahren nur diejenigen Kohlendampfer, die gemäß Abkommen der Waffenstillstandskommission für den Abtransport von Truppen und Kriegsmaterial genehmigt sind. Die Entente unterbindet einerseits die Kohlenversorgung Ostdeutschlands und verlangt andererseits Abwehrmaßnahmen gegen den Bolschewismus, Bahntransport der Lebensmittel nach Polen und Schutztruppen für diese Lebensmitteltransporte. Die Durchführung dieser Forderungen ist natürlich nur möglich, wenn der absolute Kohlenmangel im Osten durch Freigabe der Küstenschiffahrt für Kohlensendungen sofort behoben wird. In diesem Sinne überreichte die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa eine Note zur Weitergabe an die alliierte Kriegsleitung.

— **Schreibmaschinen aus Heeresbeständen.** Von zuständiger Stelle erhalten wir folgende Mitteilung: Schreibmaschinen sind zur Zeit nicht in dem Maße vorhanden, wie es von außenstehender Stelle vermutet wird. Die zurückgezogenen Truppenteile haben bis jetzt überhaupt keine Schreibmaschinen abgeliefert. Die militärischen Stellen arbeiten zum Teil noch, viele sind in der Umwandlung begriffen, sodaß von diesen Stellen freiwerdende Maschinen in nennenswerter Anzahl noch nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Dasselbe gilt von der Mehrzahl der Kriegsgesellschaften. Freiwerdende Schreibmaschinen werden in erster Linie den Behörden und gemeinnützigen Unternehmungen zugewiesen. Zur Zeit genügt das zur Verfügung gestellte Material aber bei weitem noch nicht, auch nur den Anforderungen dieser Stellen zu genügen, sodaß an die Abgabe von Schreibmaschinen an Private und Händler vorläufig nicht gedacht werden kann.

— **Erweiterung der Freiliste für Frauenkleidung.** Gemäß einer amtlichen Bekanntmachung werden Stoffe aus Wolle, Halbwolle oder Kunstwolle in einer Breite bis zu 130 Zentimeter einschließlich, Flauschstoffe und Plüsche in jeder Breite, Kleider, Röcke, Mäntel, Umhänge Morgenröcke, Jacken und Blusen aus Wolle, Halbwolle oder Kunstwolle für Frauen und Mädchen auf die Freiliste gesetzt. Damit ist im wesentlichen die Oberkleidung für Frauen und Mädchen von der Bezugsscheinpflicht befreit. Diese Befreiung war möglich, weil im Handel genügende Bestände an diesen Waren vorhanden sind, und sie schien geboten, um den Bedürfnissen der Frauenwelt nachzukommen und gleichzeitig der Entwertung durch Mode und andere wirtschaftliche Einwirkungen vorzubeugen. Die Beschränkung auf die Breite von 130 Ztm. bezweckt die Schaffung eines Unterscheidungsmerkmals zwischen Damen- und Herrenkleiderstoffen. Letztere sind fast durchweg in größeren Breiten gewebt. Für Männeroberkleidung muß aber die Bezugsscheinpflicht aufrecht erhalten werden; der Bedarf der entlassenen Soldaten an Zivilanzügen allein ist so stark daß hier voraussichtlich noch auf längere Zeit die vorhandenen Vorräte gestreckt werden müssen.

— **Eine Mahnung an die Arbeitgeber.** Der hiesige parit. städt. Arbeitsnachweis schreibt uns: Ist es denn durchaus nicht möglich, daß die Herren Arbeitgeber, Haushaltungsvorstände, milit. Formationen, Behörden usw. ihren gesamten Bedarf an Arbeitskräften uns angeben? Wir haben schon wiederholt durch geeignete Zeitungsartikel darum gebeten, aber leider vergeblich. Ein großer Teil der Arbeitgeber scheint vollends die Aufgabe unseres Arbeitsnachweises zu verkennen und stellt immer wieder Arkeitskräfte ein, welche sich unser nicht bedient haben. Die Folge ist, daß wir uns nie ein klares Bild über die Arbeitmarktlage bilden können. Bald werden wir von Arbeitsuchenden überlaufen, bald fehlen sie uns wieder. Wenn aber jeder Arbeitsuchende weiß, er erhält nur Beschäftigung, wenn er durch uns vermittelt wird, erreichen wir eben das, was wir erstreben. Der Arbeitslosigkeit kann nach Möglichkeit gesteuert werden, wir können uns mit auswärtigen Arbeitgebern in Verbindung setzen, am Orte wegen Beschaffung von Notstandsarbeiten vorstellig werden und auf diese Weise, wenn auch indirekt, dafür sorgen, daß in unserem lieben Thorn alles ruhig und zufrieden bleibt. Es wird mit Rücksicht auf die ungünstige Verpflegungslage mit allen Mitteln danach gestrebt, daß arbeitslose Personen, welche nicht ortsansässig oder während des Krieges hier zugezogen sind, in ihre Heimatsorte zurückgeschafft werden. Diese erhalten durch uns keine Arbeit für Thorn, wohl aber für außerhalb nachgewiesen. Durch die Selbstanwerbung seitens der Arbeitgeber wird dieses unmöglich gemacht. Zum Schluß machen wir noch auf die Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung vom 10. 12. 18 aufmerksam, in dem es heißt: „Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern alle Reichs-, Staats- und Kommunal[illegible]rden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders auch bei Post und Eisenbahn.

— **Soldatenheim Thorn e. V.** In der gestrigen Mitgliederversammlung, an der auch nach langer Krankheit die verdienstvolle Leiterin des Soldatenheims, Frau Oberst von Thadden, zum ersten Male wieder teilnehmen konnte, sollte dem Beschluß der letzten Versammlung zufolge über die beabsichtigte Schließung des Heimes beraten werden. Bestimmend hierfür war wohl in erster Linie der bei Ausbruch der Revolution stark in Erscheinung getretene Rückgang des Besuchs, der eine Rentabilität des Unternehmens in Frage stellte. Im Januar ist nun aber wider alles Erwarten eine derartige Belebung des Verkehrs eingetreten, daß sowohl von der Leitung des Heimes wie von der Intendantur und den das Heim besuchenden Soldaten der Wunsch geäußert wurde, von einer Schließung bis auf weiteres abzusehen. Außerdem zeigt das Gouvernement, wie aus den Ausführungen des Herrn Obersekretärs Graupner hervorging, ein so großes Interesse an der Fortführung des Heimes, daß die Frage der Schließung ernstlich erwogen zu werden verdiente. Auf die Frage des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Hasse nach der zu erwartenden Rentabilität erklärt Frau Oberst von Thadden, daß man sehr wohl hoffen könnte, bei gleichbleibend gutem Zuspruch ohne Verlust arbeiten zu können, insbesondere, da vom 1. Februar ab Magazinverpflegung eingetreten sei. Jedenfalls glaube man nicht, vom Kapital etwas zusetzen zu müssen. Darauf beschloß die Versammlung, das Heim in der bisherigen Weise fortzuführen. Frau Oberst von Thadden, die beabsichtigt, ihren Vorsitz niederzulegen, erklärte sich auf Bitten des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Hasse und des übrigen Vorstandes bereit, von diesem Vorhaben vorläufig abzustehen und ihr Ehrenamt in der bisherigen Weise fortzuführen, bis die Neuregelung der Verpflegung gesichert ist. Als Nachfolgerin im Vorsitz ist Frau Direktor Ganske ausersehen, der Frau Boley zur Seite stehen wird. Der Rücktritt von Frau Oberst von Thadden, der gewiß allgemein bedauert wird, wird erfolgen, sobald Frau Direktor Ganske sich genügend eingearbeitet hat. Bis zum 1. April wurde ein Pro[illegible]um gebildet. Alsdann wird die innere [illegible]tung von dem Ehepaar Clemens übernommen werden. Es haben sich erfreulicherweise einige Damen bereit erklärt, am Büffet ehrenamtlich tätig zu sein. Herr Oberbürgermeister Dr. Hasse erklärte, daß die Geschäfte auch weiterhin von dem bisherigen Vorstande erledigt und auch die bestehende Wohlfahrtseinrichtung unverändert beibehalten werden sollte.

— **Der Sportverein „Vistula“** hielt am Donnerstag seine 2. Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete Bericht über den Stand der Sportplatzangelegenheit. Es wurde beschlossen, zur weiteren Förderung der Angelegenheit bei dem Vorsitzenden des Ortsausschusses für Jugendpflege vorstellig zu werden. Der Sportbetrieb wird am Sonntag nachm. 2 Uhr auf dem Kasernenhofe des Inf.-Regts. 176 an der Garnisonkirche, den der Herr Gouverneur für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat, aufgenommen werden. Da noch viele alte Mitglieder bisher zu den Versammlungen nicht erschienen sind, wurde ferner beschlossen, am Mittwoch, den 12. d. Mts. im „Löwenbräu“ ein geselliges Beisammensein zur Begrüßung der aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder zu veranstalten (siehe Anzeigeteil). Zum 2. Schriftwart wurde Herr Radomski gewählt. Neu aufgenommen wurden 3 Herren, zur Neuaufnahme meldeten sich weitere 3 Herren.

Zusammenstellung des Ergebnisses der Volkszählung.

I. A. Im Stadtkreis Thorn betrug die Gesamtbevölkerung im Jahre 1910 (letzte Volkszählung) . . . 46 227.

Unter der Gesamtbevölkerung befanden sich

	Anzahl	%
1. deutsche	30 505	= 65,99 %
2. polnische	14 889	= 32,21 %
3. andere Nationalitäten	833	= 1,80 %
	46 227	= 100,00 %

B. Im Stadtkreise Thorn betrug die Gesamtbevölkerung am 12. Januar 1919 . . . 47 443.

Unter der Gesamtbevölkerung befanden sich

	Anzahl	%
1. deutsche	29 434	= 62,04 %
2. polnische	17 835	= 37,59 %
3. Ausländer	174	= 0,37 %
	47 443	= 100,00 %

II. Im Stadtkreise Thorn betragen die Gesamtgewerbetreibende eingetragenen Firmen . . . 309.

1. Hiervon sind:

	Anzahl	%
a) in deutschem Besitz	275	= 89 %
b) in polnischem „	34	= 11 %
	309	= 100 %

2. Gesamtgewerbesteuer der 309 Firmen beträgt für 1918: 67 062 M. davon entfallen:

	Betrag	%
a) auf deutsche Firmen	34 361 M.	= 95,976 %
b) auf polnische Firmen	2 701 M.	= 4,03 %
	67 062 M.	= 100,00 %

III. Im Stadtkreise Thorn beträgt der Gesamtgrundbesitz 3641,3442 ha entfallend in 1954 Grundstücke und stehen im Eigentum von 1429 Besitzern.

1. Hiervon stehen:

		Fläche	%
in deutschem	a Privatbesitz	1254,3100 ha	= 34,44 %
	aI Reichs- bezw. Staatsbesitz	789,4572 „	= 21,68 %
	aII Kirchenbesitz	8,2802 „	= 0,23 %
	aIII städt. Besitz	1419,6257 „	= 38,99 %
		3471,6731 ha	= 95,44 %
in polnischem	b Privatbesitz	151,[illegible]595 ha	= 4,16 %
	bI Kirchenbesitz	18,1116 „	= 0,50 %
		169,6711 ha	= 4,66 %
		3641,3442 ha	= 100,00 %

2. Anzahl der Grundstücke

	Anzahl	%
a) in deutschem Besitz	1403	= 71,80 %
b) in polnischem Besitz	551	= 28,20 %
	1954	= 100,00 %

3. Anzahl der Eigentümer an Grundstücken

	Anzahl	%
a) deutsche	1102	= 77,12 %
b) polnische	327	= 22,88 %
	1429	= 100,00 %

Aus diesen Feststellungen geht hervor, daß Thorn auch nach dem Verhältnis der Gewerbetreibenden und Grundbesitzer eine ganz überwiegend deutsche Stadt ist.

— **Das Gymnasium** wird nun gleich den städtischen Schulen, die den Unterricht schon früher einstellen mußten, mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit geschlossen und zwar vom Montag an vorläufig auf die Dauer von vierzehn Tagen.

— **Unter Mordverdacht** wurden Donnerstag abend die Soldaten Paul und Bruno Bobrowicz, Willi Lenz sowie der Fleischerlehrling Walter Geduhn von der Kriminalpolizei festgenommen. Sie haben bereits eingestanden, dem vor einigen Wochen erschlagenen Tischler Elske in Mocker im Oktober und November vorigen Jahres Schweine gestohlen zu haben. Man ist der Ansicht, daß die Verbrecher auch mit dem Morde an Elske in Verbindung zu bringen sind, zumal sie sich bei ihrer Vernehmung in Widersprüche verwickelten. Der mutmaßliche fünfte Täter, ein gewisser Ehlert aus Hamburg, ist seit der Mordnacht verschwunden und konnte noch nicht ergriffen werden.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Sonntag, den 9. Februar 1919: Heiter, andauernde Kälte.

Danzig. Beamtenstreik auf der Reichswerft? Nach einer Meldung des hiesigen Organs der Mehrheitssozialisten soll unter den Beamten der Reichswerft eine rege Werbetätigkeit für Arbeitsniederlassung entfaltet werden, um den Arbeitsorganisationen entgegenzuwirken.

Königsberg. Eine verpuffte Kundgebung. Sonntag mittag sollte eine große Kundgebung gegen die Neuregelung der Kommandogewalt stattfinden. Es waren aber nur etwa 4000 Personen, die sich als kleine Gruppe gegen die vier Redner auf dem weiten Walter-Simon-Platz scharten. Was die Redner sich leisteten, geht aus dem Bericht der „Hart. Ztg.“ hervor. Scheyer sagte: Alle sollten sich die Namen der Offiziere aufschreiben, die Liebknecht gemeuchelt hätten. Der Kapitänleutnant Pflugk-Hartung sei es gewesen, ein Oberleutnant Stiege und ein Leutnant Liepmann, kein einziger Soldat sei dabei gewesen. Der Spartakismus sei der Friede, das gehe aus den Auslandszeitungen hervor; mit den Spartakisten wollten die Gegner Frieden schließen, mit dem Oberst Reinhardt nicht. Bluthund Noske habe die Spartakisten in Berlin niedergerungen mit einem blutbesudelten Gesindel von Studenten und Offizieren. Der Grenzschutz habe die Aufgabe, in Rußland wehrlose Menschen und die russische Revolution niederzumetzeln. Eher werden die Spartakisten nochmals auf die Straße gehen, als daß sie dulden, daß die Regierung die Errungenschaften der Revolution verschachert. Der Popanz Nationalversammlung werde wochen- und monatelang beraten und inzwischen werde das Volk verhungern, werden die Arbeitslosen verrecken und werde Blut auf der Straße fließen. Die im Zuge mitgetragenen Plakate trugen folgende Aufschriften: „Wir wollen Rechte und keine Herren und Knechte.“ „Das Volksheer ist unsere Wehr.“ „Wir Soldaten wählen unsere Führer selbst.“ „Nicht Haß den Reichen, nur Recht unter Gleichen.“ „Wir sind die Kraft, wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat.“ „Wenn Arbeitszwang, dann für alle, auch für die Offiziere.“ „Es keimt zum Völkerglück die freie Republik.“ „Wir wollen Arbeit und Wohnung.“ „Schafft Arbeit, wir arbeiten.“ „Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die Träger der politischen Gewalt.“ „Wir dulden keine Schmälerung der Rechte der Soldatenräte.“ „Die neue Heeresordnung, fort mit ihr!“ „Wir wollen keine Dekorationsverordnung.“ „Soldatenrat beim Kriegsministerium!“ „Nieder mit den Hungerrenten.“ „Nieder mit der Offizierskamarilla!“ „Hoch die Revolution!“ „Nieder mit allen Feinden der Revolution!“ „Wehe den Feinden der Revolution!“ „Befehlsgewalt der Offiziere nur unter Kontrolle der Soldatenräte.“ „Außerhalb des Dienstes sind auch die Soldaten freie Männer.“ „Nieder mit der Regierung Noske-Ebert-Scheidemann, den Schützern der Offizierskaste.“ „Der Sozialismus ist der Friede.“ „Wir dulden kein Attentat auf die Revolution.“ „Keine Grußpflicht außerhalb des Dienstes.“ „Fort mit der revolutionsfeindlichen Heeresordnung.“ „Fort mit dem preußischen Drillsystem!“ „Es lebe die Freiheit!“

Schneidemühl. Polnische Gefangenenbehandlung. Der in Schneidemühl von einer Beerdigungsreise nach Posen eingetroffene Eisenbahnsekekretär Borchert hat beobachtet, daß die deutschen Gefangenen in Leinwandkleidung auf den Posener Werken arbeiten müssen und kein warmes Essen erhalten. Die Polen gehen mit der unerhörtesten Grausamkeit gegen die deutschen Gefangenen vor und schämen sich sogar nicht, Leichen mit Steinen zu bewerfen.

Posen. Niedergeschossen. Montag nachmittag verfolgten zwei Kriminalbeamte einen Flüchtling, der trotz der wiederholten Aufforderung nicht stehen blieb. Mit der Waffe in der Hand folgten die Beamten, und nach jedem Haltruf wurde dem Flüchtling ein Schuß nachgefeuert. Der Verfolgte brach schließlich schwerverletzt zusammen und wurde mittels Droschke nach dem Krankenhause befördert. Es handelte sich bei dem Verhafteten um eine Persönlichkeit, die des Mordes verdächtig ist.

Aus aller Welt.

† Die Krankheit der Ringkämpfer.

Von einer eigenartigen, man könnte sagen Berufskrankheit, werden häufig Ringkämpfer befallen. Diese spezifische Ringkämpferkrankheit besteht in einer Art Othämatom, einer Ohrblutgeschwulst, die wieder in den meisten Fällen eine bezeichnende Entstellnng des rechten Ohres mit sich bringt. Die Krankheit ruft eine sehr starke Schwellung der Ohrschnecke hervor und zugleich eine außergewöhnliche Zusammenziehung aller Gewebe. Die Wirkungen dehnen sich dann auf die ganze Ohrmuschel aus und rufen vielfache Funktionsstörungen hervor. Die Ursachen dieses Leidens liegen ohne Zweifel in den eigentümlichen Formen des Ringkampfes selbst, währenddessen der Kämpfer häufig Stellungen annimt, in denen sich die Köpfe der Gegner hart aneinanderpressen und zwar derart, daß das rechte Kopfprofil des einen Ringers immer gegen das rechte Kopfprofil den anderen Ringenden oder gegen dessen Rücken drückt. Die Folge davon ist, daß die Kämpfer nach dem Zeitkampfe stets stark gerötete rechte Ohren zeigen, dazu kommen Blutergüsse an den knorpligen Hammern am Ohr. Aerztliche Untersuchungen haben übrigens auch ergeben, daß der Ringkämpferberuf verhältnismäßig oft nicht nur das Othämaten, sondern auch andere Leiden im Gefolge hat; zu diesen Leiden, die als spezifische Ringkämpferkrankheiten angesprochen werden dürfen, zählt unter anderen die vorzeitige Kahlheit, die auf die starken Kopfpressungen zurückzuführen ist, weiters gehören hierher vor allem die Krampfadern, deren Entstehung wohl in den gewaltigen Anstrengungen der Beinmuskeln ihre Ursache findet

Neueste Nachrichten.

Hilferuf des Völkerbundes zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Berlin, 8. Februar. (Dr) Der Völkerbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen sendet durch Funkspruch Station Nauen folgenden Hilferuf:

An alle Völker der Erde!

Der Krieg ist beendet. Das deutsche Volk hat weder den Willen noch die Möglichkeit, ihn wieder aufzunehmen. Das deutsche Volk will Völkerfrieden, Völkerfreiheit und Völkerversöhnung.

Der Haß, der die Welt vergiftet hat, soll verschwinden, aber noch droht dem neuen Vaterlande eine furchtbare Gefahr. In der Geburtsstunde des Völkerbundes werden 800 000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene ohne Fristsetzung ihrer Heimat vorenthalten.

Kriegsgefangenschaft nach Kriegsende ist Sklaverei, Sklaverei ist Vergewaltigung der Menschheit und des Völkerrechts. Unauslöschlicher Haß ist die Frucht, die daraus erwachsen muß.

Das deutsche Volk verlangt, daß die Gerechtigkeit, die Wilson der Welt verkündet hat, auch uns widerfährt. Das deutsche Volk wird niemals einen Frieden erdulden, der seine nationale Ehre mit Füßen tritt.

Im Namen der Menschlichkeit wenden wir uns an das Gewissen der Welt, im Namen der Gerechtigkeit fordern wir: Gebt unsere gefangenen Brüder heraus!

Die russischen Bolschewisten drohen mit dem Einmarsch in Deuschland.

Berlin, 7. Februar. (Drahtnachricht). In Rußland erließ der Rat der Regierung einen Aufruf, im Hinblick auf Liebknechts Tod die Anstrengungen zum Einmarsch in Deutschland und zur Vereinigung mit Spartakus zu verdoppeln. Die Zeitungen sind mit Trauerrand versehen.

Ein englischer Minensucher gesunken.

London, 7. Februar. (Dr.) Reuter. Der Minensucher „Erins Isle“ fuhr heute früh an der Themsemündung auf eine Mine und sank. 28 Ueberlebende wurden gemeldet.



Krieger-Verein
Thorn-Mocker.

Am 6. d. Mts. verschied unser Mitglied, Kamerad

Gottlieb Krüger.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Antritt zur Beerdigung am **Montag, d. 10. d. Mts., nachm. 3.15 Uhr,** bei Rüster.

Der Vorstand.

In das Handelsregister A ist die Firma August Irmer, Steinindustrie, in Thorn und als ihr Inhaber: Bildhauer August Irmer in Thorn eingetragen.

Thorn, den 25. Januar 1919.

Amtsgericht.

In das Handelsregister A ist bei der Firma Laengner & Jllgner in Thorn eingetragen: Offene Handelsgesellschaft. Der Kaufmann Ernst Laengner zu Thorn ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen.

Die Prokura des Ernst Laengner ist erloschen.

Thorn, den 28. Januar 1919.

Amtsgericht.

Die Acker- und Grasnutzung

des Exerzierplatzes Dybow

und des Wiesengeländes an der Militärschwimmanstalt soll auf die Dauer von 2 Jahren vom 1. 4. 19. ab, verpachtet werden.

Bedingungen liegen im Geschäftszimmer der unterzeichneten Verwaltung zur Einsicht aus. Angebote sind zum

14. Febr., vorm. 10 Uhr,

einzureichen.

Garnison-Verwaltung Thorn.

Hausbesitzer!

Schützt Wasserleitungs-Anlagen im eigenen Interesse vor Frost!

Wasserwerks-Verwaltung.

Süddeutsche Transport-Vers.-Gesellschaft

in Frankfurt a. M.

Versicherungen gegen Aufruhr.

Die General-Agentur

Walter Güte

Altst. Markt 20. Tel. 484.

Empfehle meinen

Damen-Salon

Frisieren.
Ondolieren, Kopfwäsche.

J. Hoppe, Inhaber F. Sieg,
Heiligegeiststraße 12.

Zu verkaufen:

1 Zither im Kasten, 1 Kinderschlitten, 1 Petroleumglühlichtlampe, 1 Kinderschaukel, 1 Lesepult, 1 Maskenanzug, für Herren, 1 Tischläufer, 1 Kaffeedecke, einen Zeitungshalter, 1 Briefwage, ein seidenes Kopftuch, 1 Rauchtisch (dunkel, Eiche), 6 Baumstämme, etwa 2,20 m lang, 15 bis 20 cm stark, japanische Wanddekoration, 1 Tisch, gebrauchte Flaschen.

Besichtigungen von 1–3 Uhr **im Familienhaus am Leibitscher Tor, part., rechts.**

Daselbst ein **großer Garderobenschrank zu kaufen gesucht**

Haarnetze, Haubennetze, Stirnnetze

in allen Größen, empfiehlt

F. Sieg,
Heiligegeiststraße 12.

Gut erhalt. lange Extrastiefel, Größe 40,
weiße junge Saanen-Ziege
zu verkaufen Graudenzerstr. 218, 1.

Ein fast neuer

Zylinderhut

Größe 54, billig zu verkaufen. Zu erfragen **Breitestr. 32 III, links.**

Adreßbuch von Thorn und Umgegend

Für die Abteilung:

Vereine, Innungen, beeidigte Sachverständige, Vertretungen von Versicherungen usw.

fehlen noch die Unterlagen verschiedener Körperschaften und Vertreter.

Wir bitten selbige bis **Dienstag, den 11. Februar,** der **„Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung"** zu übermitteln.

Adreßbuch-Verlag

Thorn, Seglerstraße 11.

Die Schwesternschaft vom Roten Kreuz hierselbst,

staatlich anerkannte Krankenpflege-Schule

sucht Schwestern

mit guter Schulbildung im Alter von 18 bis 35 Jahren.

Gesuche um Annahme sind an das unterzeichnete Kuratorium zu richten, worauf die Annahmebedingungen mitgeteilt werden.

Thorn, den 30. Januar 1919.

Das Kuratorium der Schwesternschaft vom Roten Kreuz

Unternehmer

zur Füllung eines Eiskellers gesucht.

Thorner Brauhaus.

Ein Bäckergeselle und ein kräftiger Bursche

sofort gesucht.

Kowalski, Königstraße 12.

Suche von sofort oder später

einen Lehrling

Friseur **F. Sieg,** Heiligegeiststr. 12

Lehrling

für mein Lebensmittel-, Wein- und Spirituosen-Geschäft suche zum 1. April.

Carl Seidel, Friedrichstr. 14.

Lehrling oder Lehrfräulein

mit guter Schulbildung für mein Kontor sofort gesucht.

Schriftliche Angebote an

A. Irmer.
— Culmer Chaussee 1. —

Eisarbeiter

stellt noch ein **Thorner Brauhaus.**

Arbeitsburschen

verlangt **Fr. Strehlau,** Araberstr. 4.

Plätterin ins Haus und Frau zum Ausbessern

von Wäsche und Strümpfen von sofort gesucht

Brombergerstr. 62, pt., rechts.

Eine Frau

zur Küchenarbeit sofort gesucht.

Viktoria-Park.

Bäckermeister

ledig, sucht Stelle als Werkführer vom 15. d. Mts. ab. Angebote unter H N 252 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Krätze

beseitigt in 2 bis 3 Tagen San.-Rat Dr. Strahls geruchlose **Scabin-Salbe**

Originaldose Mk. 5.50 durch

Elefanten-Apotheke, Berlin,
Leipziger Strasse 74 21.

Frack, große schlanke Figur, Mädchenmantel, Gr. 42, zwei Portieren z. verk. Zu erfragen in d. Geschst. d. Ztg.

Sealkragen

(neu) z. verk. Gerberstr. 13 15, H., pt., r.

---

4 Meter Linon

130 cm breit, zu verk. Schillerstr. 20, 1.

Ein Wandbehang

blau gestickt (Handarbeit) ist billig zu verkaufen Gerstenstr. 14, 2 Tr. r.

Fast neue Extrastiefel

zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschst. d. Zeitung.

---

1 schwere hochtrag. Kuh

steht zum Verkauf. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Eine gutgehende, in Thorn gelegene

Bäckerei suche ich zu kaufen

oder zu pachten.

Angebote erbittet

Janiszewski,

Gerichtsvollzieher in Baldenburg Westpreußen.

---

1 Schreibmaschine

zu kaufen gesucht.

Araczewski, Culmerstr. 24.

Herrenpelz

zu kaufen gesucht.

Krafft, Klosterstraße 20, 1.

Wachs

kauft „Anker"-Drogerie, Elisabethstr. 12/14.

Kräftiges mittelschweres

Pferd

nicht über 10 Jahre alt, sucht zu kaufen

„Union"

Grosshandlung landw. Maschinen u. Geräte
Mauerstraße 1.



Schlachtpferde

kauft zu zeitgemäßen Preisen.

Hermann Kohlschmidt,
Roßschlächterei,
Thorn, Coppernikusstr. 8, Tel. 565.

Bei Unglücksfällen sofortige Abholung.

„Mortol"

Läuse, Schwaben, Wanzen

hören auf zu tanzen.

Postnachnahme Mk. 2.60.

Julius Lewisson, Berlin N 24.

Restaurant Nicolai.

Sonntag, den 9. Februar:

Familienkränzchen.

Viktoria-Park.

Heute Sonnabend und morgen Sonntag:

Grosser Ball.

Spiegelglatter Parkettfußboden!
Anfang Sonnabend 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Bürgergarten.

Sonnabend, den 8. Februar, von 5 Uhr ab und Sonntag, den 9. Februar, von 4 Uhr ab:

großes Tanzkränzchen.

Tivoli

Sonntag, den 9. Februar:

Großes Streichkonzert

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Konditorei u. Café Zarucha

Parkstraße 4, am Stadtpark gelegen.

Täglich groß. Konzert

vom Elite-Damen-Salon-Quartett „Wiener Rosen"

Kapellmeister: **O. Kugel.**

Anfang 6 Uhr. Eintritt frei. Sonntag 4 Uhr.

Ziegelei-Park.

Sonntag, den 9. Februar 1919:

Großes Streichkonzert

ausgeführt von der Kapelle des Infanterie-Regiments 21 unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters **Grüneberg.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf., Kinder 30 Pf.

Hochachtungsvoll

Gustav Behrend.

Toter Arm.

Morgen Sonntag, den 9. Februar, Anfang $2\frac{1}{2}$ Uhr:

Eiskonzert.

„Fürst Bülow"

Bachau

5 Minuten vom Bahnhof Thorn-Mocker

Jeden Sonnabend und Sonntag:



groß. Kappenfest

Gut geheizte Räume. Kaffee und Kuchen.

Anfang 4 Uhr.

Es ladet freundlichst ein **Kremin.**

Vortrag

Thema: **Die Posaune des Gerichts**

Sonntag, 9. Februar, nachm. $4\frac{1}{2}$ Uhr
Culmer Chaussee 6. Eintritt frei.

Zigarrengeschäft oder Filiale, auch andere Branche, zum 1. 4. od. früher zu übern. ges. Kaution vorh. Ang. u. U. N. 260 a. d. Geschst. d. Ztg.

Mittleres Restaurant

bezw. Landgasthaus zum 1. 4. oder früher zu pachten gesucht. Angeb. unter Nr. 259 a. d. Geschst. d. Ztg.

Stadt-Theater

Sonntag, 9. Februar, nachm. 3 Uhr: Ermäß. Preise! Zum letzten Male!

„Die Fahrt ins Glück".

Abends 7 Uhr! Zum 3. Male!

„Hannerl."

Dienstag, 11. Februar, abds. 7 Uhr: Neu einstudiert!

„Nathan der Weise".

Mittwoch, 12. Febr., nachm. 3 Uhr: Heiterer Nachmittag für Klein und Groß! Ermäßigte Preise! Zum 2. Male!

„Max und Moritz".

6 Bubenstreiche nach Wilhelm Busch.

Abends 7 Uhr:
Außer Abonnement! Zum 4. Male!

„Hannerl".

Sportverein „Vistula" Thorn

Mittwoch, den 12. d. Mts.
abends $7\frac{1}{2}$ Uhr im **Löwenbräu**

geselliges Beisammensein

zur Begrüßung der aus dem Felde zurückgekehrten alten Mitglieder, deren vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht ist.

Jeden Mittwoch

zwangloses Zusammensein.

Monatsversammlung

Mittwoch nach dem Monatsersten.

Lämmchen

„Kleinkunstbühne"
Gerechtestr. 3.

Allabendlich 6 Uhr
Sonntags 4 und 7 Uhr

Der humorvolle Februar-Spielplan

mit

2 Columbus 2

Bruno Schmidt
Heini Hetz.

Vom 1. April 1919 ist in meinem Hause Mellienstraße 5, die in der 2. Etage gelegene

10-Zimmer-Wohnung

zu vermieten.

Ackermann.

Ein Laden

(jetzt städt. Verkaufsstelle) Windstr. 1, zum 1. April 19 zu vermieten.

K. Szyminski.

Ein kleiner Laden

vom 1. 4. zu vermieten.

Schillerstraße 7, 1.

---

1 Wohnung von 3–4 Zim. v. sof. od. spä. **zu mieten gesucht.** C. Kwiatkow. Th.-Mocker Ulmenallee 4.

Stube und Küche,

möglichst mit Gas, für ältere alleinstehende Dame gesucht.

B. Araczewski, Kulmerstr. 24, Fernruf 370.

Ein modern ausgebauter heller

Laden

mit Nebenräumen und gutem Keller für Lebensmittelgeschäft zum 1. Okt. 1919 gesucht. Angeb. unter **Nr. 253** an die Geschäftsstelle dieser **Zeitung.**

Thorner Zeitung

Nr. 34. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger Sonntag, 9. Februar 1919

Das leidige Geld und der ausgehungerte Spartakus.

Den ganzen Wahnsinn der Spartakusbewegung hat man eindringlicher noch als in den wüsten Straßenkämpfen in Berlin, in der alten ehrwürdigen, stolzen Hansestadt Bremen erleben müssen, wo der Bolschewismus eine Schreckensherrschaft im vollsten Umfange errichtet hatte. Bekanntlich war Bremen schon vor dem 9. November eine selbständige Republik, aber sein jahrhunderte altes Staatswesen war den neuen kommunistischen Regenten nicht modern genug, und nachdem zuerst nach dem Umsturz noch der Senat als Verwaltungsbehörde weitergewirkt hatte, wurde er Anfang dieses Jahres mit den Mehrheitssozialisten kurzerhand „ausgeschaltet“ und die neue „Republik Bremen“ ausgerufen. Zum Stadtkommandanten wurde u. a. ein wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestrafter gewisser Ecks erkoren. Bremen erlebte nun herrliche Zeiten. Die öffentliche Sicherheit war ständig aufs stärkste bedroht. Man entsinnt sich noch der Hinterlist, mit der das Bremer Regiment Nr. 75 bei seiner Rückkehr aus dem Felde plötzlich in seinem Quartier durch sogenannte „Arbeiterbataillone“ mit Maschinengewehren umstellt und zur Waffenstreckung gezwungen wurde. Dazu stellte sich alsbald heraus, daß die Spartakusregierung nirgends Kredit genoß. Die umwohnenden Bauern wollten für das Stadtgeld keine Lebensmittel mehr liefern, die Handwerker fanden keine Arbeit, da das wirtschaftliche Leben stockte, Streiks waren an der Tagesordnung, und das Straßenleben wurde durch eine verhältnismäßig große Zahl von Arbeitslosen in dauernder Unruhe gehalten. Doch das sind schließlich alles Dinge, die man in der letzten Zeit auch anderswo erlebt hat, in Bremen aber passierte nun etwas ganz besonderes, was der breiteren Oeffentlichkeit in Deutschland im einzelnen nicht so bekannt geworden ist, wie es nottut. Schon der alte Montecucoli hat festgestellt, daß zum Kriegführen dreierlei gehört: Geld, Geld und zum drittenmal Geld! Die neuen Herren in Bremen mußten eines Tages erfahren, daß das gleiche auch fürs Regieren gilt, denn als in ihren Kassen eine erschreckliche Ebbe drohte, sahen sie sich nach ihrem eigenen Eingeständnis völlig am Ende allen Lateins. Die Sache war so zugegangen: Auch den Bremer Banken erschien die neue Regierung nicht kreditwürdig genug, um ihr ohne Unterlagen die Millionen weiterzuzahlen, die der alten Regierung auf dem Wege langfristiger Anleihen in Höhe von 100 Millionen zugesagt worden waren. Und wenn die Bremer Finanzleute sich schließlich noch dazu bereit gefunden hätten, so waren die Bankzentralen in Berlin nicht dafür zu haben. Binnen kurzem war die Lage die, daß ein Vertreter der Kommunistenregierung erklärte, binnen drei Tagen sei alles Geld alle, und was dann werden solle, wisse er nicht. Die Arbeiter verlangten ihre Löhne, und die Arbeitslosen ihre Unterstützung. Bis zu diesem kitzlichen Zeitpunkt hatte man sich auch nur dadurch fortwursteln können, daß die Bremer Banken u. Sparkassen einen Kredit gewährt hatten, dafür aber die Bedingung stellten: Wenn nicht sofort die bremische Nationalversammlung einberufen würde und die kommunistische Regierung sich zur Achtung der Reichsgesetze durchringe, würde auch dies Geld nicht gezahlt werden. Die nächsten Sitzungen des A.- und S.-Rates verliefen klassisch. Spartakus gab sich vollständig besiegt und suchte nur noch einen geordneten Rückzug zu erreichen. Unbestrittener Sieger war das Geld. Bremen wird eine Nationalversammlung haben und eine neue Regierung erhalten. Spartakus aber wird den ihm erteilten Denkzettel hoffentlich nicht vergessen.

Aus Stadt und Land

Thorn, 8. Februar 1919.

Kriegsplauderei.

Großes Aufsehen hat weit über Thorn hinaus die Verhaftung mehrerer Einwohner unser Stadt erregt, die zum Teil als führende Persönlichkeiten in der polnischen Bewegung bekannt sind. Mit Ausnahme des der Spionage verdächtigen Zahlmeister Rychlicki wurden nach Aufhebung des Belagerungszustandes die sämtlichen Beschuldigten wieder auf freien Fuß gesetzt. Die weitere Untersuchung der Angelegenheit wird hoffentlich ergeben, inwieweit der Verdacht, unter dem die Verhaftungen erfolgt sind, gerechtfertigt war oder nicht. Auf jeden Fall legen das Verhalten der Polen in der Provinz Posen, der Putsch in Culmsee und die verschiedenen Ueberfälle auf Feldwachen und Posten den Gedanken an die Möglichkeit nahe, daß auch in Westpreußen Versuche unternommen werden könnten, der Friedenskonferenz im Sinne der polnischen Wünsche gewaltsam vorzugreifen. Dem muß natürlich unter allen Umständen vorgebeugt werden. Vielleicht gibt es auch im polnischen Lager einsichtige Männer, die in den Uebergriffen ihrer Landsleute ein Unrecht erblicken. Aber was nützt es, wenn sie sich nicht Gehör zu verschaffen vermögen! Der Erhaltung der Ostprovinzen als Bestandteilen des deutschen Reiches droht aber nicht allein von den Bestrebungen Gefahr, die auf eine gewaltsame Losreißung ausgehen, sondern auch von der stillen Betriebsamkeit, die von den Polen entfaltet wird, um dsi Nachweis zu führen, daß sie nach Wilsons Grundsätzen auf die umstrittenen Gebiete Anspruch hätten. Die Thorner Zeitung hat bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß auf Veranlassung der polnischen Geistlichkeit in unserer Stadt eine private Volkszählung in die Wege geleitet wurde, die den offenkundigen Zweck verfolgte, darzutun, daß Thorn überwiegend polnisch sei. Diese Behauptung erschien in Anbetracht des Umstandes, daß hier im Dezember des Jahres 1910 den 30 505 Einwohnern deutscher Muttersprache nur 14 889 polnischer Zunge gegenüberstanden, mehr als zweifelhaft. Es wäre unerklärlich, woher innerhalb eines Zeitraumes von noch nicht neun Jahren eine so ungeheure Veränderung kommen sollte. Zählte man doch damals in Thorn 67,2 v. H., also mehr als zwei Drittel Deutsche und 32,8, also nicht ganz ein Drittel Polen. Um eine sichere Grundlage für die Beurteilung des Nationalitätenverhältnisses zu gewinnen, hat bekanntlich der Magistrat am 12. Januar 1919 eine neue Zählung veranstaltet, deren Ergebnis in der letzten Stadtverordnetensitzung mitgeteilt wurde. Am genannten Tage waren in Thorn 47 443 Personen anwesend, darunter 29 434 Deutsche, 17 835 Polen und 174 Ausländer. In Verhältniszahlen ausgedrückt stellten demnach

die deutschen Einwohner 62,04 v. H. der Gesamtbevölkerung,
die polnischen Einwohner 37,59 v. H. der Gesamtbevölkerung,
die Ausländer 0,37 v. H. der Gesamtbevölkerung.

Somit ist gegenüber den Zahlen von 1910 zwar ein Rückgang des deutschen Bevölkerungsteiles um rund fünf vom Hundert und eine entsprechende Zunahme des polnischen Teiles zu verzeichnen, aber das starke Ueberwiegen der deutschen Bevölkerung über die polnische ist gleichwohl einwandfrei festgestellt. Der deutsche Ueberschuß beträgt 24,45 vom Hundert, also nahezu ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Daran ist nicht zu rütteln. Das Ergebnis wäre wahrscheinlich für das Deutschtum noch günstiger, wenn sich nicht viele Katholiken deutscher Muttersprache hätten einreden lassen, katholisch sei gleich bedeutend mit polnisch. Ebenso haben sich manche mit Rücksicht auf ihren polnischen Namen als Polen bekannt, obwohl ihre Muttersprache deutsch ist. Trotzdem erscheint Thorn auch nach der Muttersprache seiner Einwohner als eine deutsche Stadt, ganz abgesehen von seinen kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Nach Punkt 13 der Grundsätze Wilsons kann aber nur „unzweifelhaft polnisches Gebiet“ für die etwaige Angliederung an das neue Polenreich in Frage kommen. Es wäre eine schwere Verletzung dieser Grundsätze, wenn Thorn demnach zu Polen geschlagen würde. Aber das scheinbar Unmögliche könnte doch dadurch zur Tatsache werden, daß die polnischen Vertreter im feindlichen Ausland für ihre Darstellung der Sachlage das geneigte Gehör unserer Gegner finden, während unsere Feststellungen dort dem größten Mißtrauen und Widerwillen begegnen, soweit sie überhaupt bis zu den zuständigen Stellen durchdringen. Leider sind auch auf deutscher Seite Kräfte am Werk, die großpolnischen Bestrebungen im Stillen Vorschub leisten. Hoffentlich wird sich die in Weimar eröffnete deutsche Nationalversammlung ihrer Verpflichtung erinnern, mit aller Kraft für die Behauptung des deutschen Besitzstandes im Osten einzutreten. Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ hat der Nationalversammlung aus Anlaß ihrer Eröffnung am 6. Februar ein Geleitwort gewidmet, in dem über ihre Aufgaben gesagt wird:

„Die Nationalversammlung steht vor einer großen geschichtlichen Aufgabe. Aus freien, nach rein demokratischen Grundsätzen veranstalteten Wahlen hervorgegangen, soll und will sie der jungen deutschen Republik, die durch die Revolution an die Stelle des alten Obrigkeitsstaates getreten ist, eine festgefügte Verfassung geben, die die bisher durch das Kaisertum verbürgte Einheit des Reiches erhält, dessen Macht und Ansehen nach einem unglücklichen Krieg inmitten der Völker von neuem stärkt und im Innern Deutschlands politische Freiheit und soziale Ordnung verbürgt. Diese Aufgabe, zu deren Lösung das deutsche Volk je nach der parteipolitischen und der religiösen Ueberzeugung seiner verschiedenen Kreise Männer und Frauen in die Nationalversammlung entsandt hat, wird nicht ohne Kämpfe und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten erfüllt werden können. Allzu verschieden sind hierfür die Welt- und Lebensanschauungen, die nach Tradition, Erziehung und persönlicher Aneignung Besitz der verschiedenen Mitglieder der Nationalversammlung geworden sind. Und doch läßt sich zwischen diesen Gegensätzen eine Verständigung finden, die die gemeinsame Arbeit zum Besten des Volkswohls und Vaterlandes fördert. Sie fußt auf der rückhaltlosen gemeinsamen Liebe zum deutschen Volk, aus der allein die Erkenntnis quillt für den persönlichen und sozialen Wert der einzelnen Teile, Berufe und Stände dieses Volkes und ihrer Arbeit. Sie wird beherrscht von dem großen vaterländischen Gedanken, daß uns jetzt wo das deutsche Volk zum ersten Mal, die Gestaltung seines Schicksals in der Welt selbst in die Hand genommen hat, alles das zusammengehalten werden muß, was deutsch ist und deutsch sein will, in Schutz und Trutz zu einem Wachstum auf nationalem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet, und daß darum wiederum jeder Teil dieses Volksganzen im Rahmen des Gemeinwohls zu seinem vollen sozialen Recht kommen muß. Wird die Nationalversammlung bei ihrer Tagung von diesem Gedanken erfüllt, dann wird sie auch die Kraft besitzen, das Verfassungswerk aus allen Kämpfen als den Bau eines wahren Volksstaates aufzurichten, dem ein ausgeprägt nationaler Charakter eigen ist, und der zugleich durch und durch sozial gerecht sein wird. Auf diesen Staat hoffen wir.

Weimar war die Stadt, die, als unser deutsches Volk schmachvolle Jahre der Fremdherrschaft durchlebte, ihm reiche geistige Kulturschätze in seinen großen Dichtern erschloß. Weimar werde jetzt die Stadt, die in abermals trüber Zeit, uns ein in seiner Freiheit und sozialen Ordnung starkes Staatswesen gibt, mit dem eine neue Epoche großer politischer Geschichte Deutschlands beginnt.“

Hoher Gedankenflug spricht aus diesen Worten. Aber er kann uns nicht von der Erdenschwere befreien, die uns in der Zeit der inneren Unruhen, des Kohlenmangels, der Verkehrsschwierigkeiten und der Lebensmittelknappheit mehr denn je zum Bewußtsein kommt. Auch in der letzten Stadtverordnetensitzung wurden bewegliche Klagen über die unerträgliche Fettnot laut. Im Hinblick darauf ist es von Interesse, zu hören, was der „Danz. Ztg.“ zufolge Rechtsanwalt Dr. Moses in Danzig in einem Vortrage über die Ursachen der Fettnot in der Provinz Westpreußen gesagt hat:

Die Butternot der letzten zwei Monate erklärt sich zum größten Teil aus dem ganz unverhältnismäßigen Rückgange der Butterablieferung aus den Kreisen mit überwiegend polnischer Bevölkerung. Die Provinzialfettstelle für Westpreußen, die in den Kriegsjahren erhebliche Mengen von Butter nach Berlin liefern mußte weil ja Westpreußen stets eine Ueberschuß-Provinz war, hat diese Lieferungen (die bei dem Wegfall der Provinz Posen sicherlich besonders notwendig gewesen wären) in der letzten Zeit ganz einstellen müssen, weil sie auch nicht annähernd die für Westpreußen erforderlichen Buttermengen zusammenbringen konnte. Will die Provinzialfettstelle die von ihr zu versorgenden Städte zehntägig mit 62,5 Gramm Butter beliefern, so braucht sie dafür monatlich 1600 Zentner Butter. Abgeliefert haben die westpreußischen Kreise im Dezember 766 Zentner und im Januar sogar nur 624 Zentner. Nun ist ein gewisser Rückgang der Buttererzeugung in allen Kreisen eingetreten; er erklärt sich aus der im Sommer 1918 erfolgten Abschlachtung von Milchkühen und aus den besonders ungünstigen Futterverhältnissen dieses Jahres. Allein während der Rückgang in den Kreisen mit überwiegend deutscher Bevölkerung im Durchschnitt nur 30 Prozent beträgt, beläuft er sich in den überwiegend polnischen Kreisen auf 75 Prozent. Der Kreis Briesen z. B., der im Dezember 1917 107 Zentner Butter abgeliefert hatte, lieferte im Dezember 1918 nur 27,5 Zentner. Der Kreis Culm lieferte statt 190 Zentner nur 50 Zentner. Der Kreis Schwetz statt 261 Zentner nur 72 Zentner und der Kreis Strasburg, der im Dezember 1917 20½ Zentner geliefert hatte, konnte im Dezember 1918 überhaupt keine Butter abliefern. Dieses Beispiel zeigt deutlich den unmittelbaren Einfluß der Entwicklung, die die Polenfrage genommen hat, auf unsere Ernährung, und zwar in einem für uns ganz besonders empfindlichen Punkte.

Posen. Die Internierung der Deutschen in Posen besteht darin, daß Offiziere und Mannschaften zwangsweise zurückgehalten werden. Sie erhalten keine Ausreiseerlaubnis und haben sich zu bestimmten Tagesstunden zu melden. Auch Beamte und von der deutschen Zivilverwaltung beschäftigte Zivilisten werden auf dem Kernwerk ähnlich behandelt. Sämtliche deutschen Militärbeamten sind vom 21. Januar 1919 ab ohne Gehalt entlassen. Deutsche Gefangene verrichten in Posen Arbeitsdienst. Auch aus den Ortschaften südlich der Netze, so aus Biala, Czischkow und Czarnikau verschleppen die Polen in den letzten Tagen friedliche Einwohner und setzen sie als Geiseln fest.

Aus aller Welt.

Zur Frage der deutschen Kolonien.

London, 30. Januar. (Drahtnachricht) Reuter. Das Pressebüro ist ermächtigt, festzustellen, daß der in einigen Blättern erschienene Bericht über die Verhandlungen auf der Friedenskonferenz bezüglich der Verfügung über die deutschen Kolonien und die Gebiete des türkischen Reiches absichtlich unrichtig und völlig irreführend ist.

Persönliches über Wilson.

Für die zahlreichen Begrüßungsbankette des Ehrengastes von jenseits des großen Teiches hatte die Entente, wie nicht anders zu erwarten war, die herrlichsten Flaschen an altem Burgunder und Bordeaux anfahren lassen. Das Oel des Weins sollte die Wellen der Politik möglichst vorher glätten. Wie groß war die Enttäuschung, als man erfuhr, daß der Präsident selbst dem an seine Truppen ausgegebenen Befehl strengstens nachkommen würde, auf europäischem Boden keinen Alkohol zu trinken. Selbst diejenigen mußten eine weitere Enttäuschung erleben, die annahmen, daß Wilson es wie die meisten seiner Untertanen machen würde, wenigstens heimlich den Göttern Gambrinus und Bachus zu huldigen, wenn auch nicht gerade unheimlich. Während all der Festessen hat Wilson außer Wasser nur noch Kamillentee getrunken — und zwar aus einer Tasse. Ob diese Tatsche geeignet sein wird, für Frankreich eine neue Revolution ins Leben zu rufen, erscheint mehr als zweifelhaft. Der Wahlspruch wird wohl weiter heißen: „Schuster, bleib bei deinem Leisten!“ womit nicht der gute Würzburger Boxbeutel Leisten gemeint ist, sondern irgendein Chateau Laffitte oder ein Chambertin.

Ein Volk von Dieben.

In Indien lebt ein Stamm, die Maghaja Doms, der schon von frühester Kindheit an systematisch zum Diebstahl herangebildet wird. Die Doms schleichen von Siedelung zu Siedelung, von der Polizei gehetzt, von der Bevölkerung verfolgt. Ein kühner Diebstahl ist ihr höchster Stolz, und ein gelungener Raub wird als Heldentat gefeiert. Das Gefängnis bedeutet den Doms nichts Schreckhaftes. Es ist nur eine Folge von Stümperschaft und zeigt, daß der Verurteilte seine Kunst schlecht verstanden hat. Alle erzieherischen Versuche wurden an der Zähigkeit dieses seltsamen Volksstammes zu schanden. In den Häusern der Maghaja Doms findet man noch heute nur Frauen und kleine Kinder, denn die Männer sind immer auf Diebeszügen aus, und die Frauen helfen ihnen bei ihrer Kunst, soweit sie es nur irgend vermögen, als Spione und Hehler.

Eine große Autographenversteigerung in England.

† Eine Sammlung bedeutsamer Briefe, wie sie selten zusammenkommt, gelangt in diesen Tagen in London zur Versteigerung. Es ist die gesamte Korrespondenz des englischen Schriftstellers John Thaddäus Delane, der von 1841—1877 Herausgeber und Chefredakteur der „Times“ war. Delane stand mit allen bedeutenden Männern des damaligen England in Beziehung, und die an ihn gerichteten Briefe gewähren einen tiefen Einblick in das soziale und politische Leben des Landes. Die Schriftstücke sind z. T. schon veröffentlicht, jedoch auch vielfach noch ungedruckt; sie werden zunächst zusammen angeboten und sollen, wenn sich für das Ganze kein Käufer findet, in 34 verschiedenen Abteilungen versteigert werden.

Literarisches.

Wie wir belogen wurden. Von Dr. Kurt Mühsam. Die amtliche Irreführung des deutschen Volkes. Preis geheftet 4 Mark. Verlag von Albert Langen in München. — Das katastrophale Ende, das der Krieg für Deutschland nahm, gibt dem Verfasser Gelegenheit, den Nachweis zu führen, daß einen großen Teil der Schuld an diesem Ausgang die Verschleierungskünste der verschiedenen deutschen Zensurbehörden tragen. Nach Dr. Mühsams Ansicht war der Krieg aus militärischen Gründen für uns nicht zu gewinnen, doch hätte sein Ende sich wesentlich günstiger gestalten können, wären wir nicht jahrelang belogen und irregeführt worden. Seine Behauptungen stellt der Verfasser, der sich in leitender Stellung bei einer großen Berliner Tageszeitung befindet, an Hand eines äußerst umfangreichen Quellenmaterials auf. Er besitzt fast sämtliche geheimen Zensurverfügungen, die während der vier Kriegsjahre erlassen wurden, er schöpft aus Tausenden von Verboten, denen Telegramme und Artikel seines Redaktionsbetriebes verfallen waren, er stützt sich auf die „Vertraulichen Mitteilungen“, die in den regelmäßigen Pressekonferenzen von den Vertretern

der Reichsbehörden gemacht wurden, sowie auf die durch das Wolffbureau den Redaktionen zugegangenen geheimen Informationen, soweit sie eine Täuschung der öffentlichen Meinung zum Zwecke hatten. So werden die Maßnahmen der in Frage kommenden Behörden in ein scharfes kritisches Licht gerückt. Wer wissen will, auf welchem Kurse wir in die Katastrophe hineinsteuerten, darf nicht an diesem Buch vorbeigehen.

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 bis 1914. Von Heinrich Friedjung. — (Verlag Neufeld und Henius, Berlin. Preis des 1. Bandes gebunden 20 Mark.) Gewissermaßen als Fortsetzung der bekannten Schlosserschen Weltgeschichte bis zu den jüngsten Ereignissen ist das Werk gedacht, dessen erster Band kürzlich erschienen ist. Er umfaßt den Zeitraum von 1814 bis zum russisch-japanischen Krieg, während der zweite Band die Geschichte bis zum Ausbruch des Weltkrieges enthalten soll. Der Verfasser ist, wie er in der Vorrede bemerkt, nicht ohne Bedenken an die Aufgabe herangetreten, die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte in einem Schlossers würdigen Sinne zu schreiben, da es den Zeitgenossen schwer wird, sich in dem Reichtum des Geschehenen zurechtzufinden und in die Entwürfe und Taten der Staatsmänner den notwendigen Einblick zu gewinnen, bevor die Archive geöffnet sind. Der Verfasser hat aber diese Schwierigkeiten glücklich überwunden und dem deutschen Volke eine Geschichtsdarstellung gegeben, die durch die meisterhafte Beherrschung des umfangreichen Stoffes, durch Klarheit und Uebersichtlichkeit dem Leser die willkommene Grundlage für das eigene Urteil bietet. Das ist das Ziel, das sich der Verfasser gesteckt hat, nicht die moralisierende Betrachtung der Ereignisse. Das Werk beschränkt sich, wie der Verfasser betont, „der Hauptsache nach auf das wundervolle Geflecht der äußeren Politik, auf das Zusammen- und Gegenspiel der internationalen Entwürfe und Handlungen der führenden Männer." Man bedauert zwar, daß er darauf verzichtet hat, gleichzeitig die innere Politik der Völker in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen, ist ihm aber dankbar dafür, daß er nicht durch übermäßige Häufung des Arbeitsstoffes die Herausgabe des Werkes länger verzögert hat. Denn gerade am gegenwärtigen Wendepunkt der Geschicke des deutschen Volkes ist es für jeden, der sich nicht durch die Schlagworte der politischen Meinungskämpfe betäuben lassen will, von höchstem Wert, an der Hand eines kundigen Führers den inneren Zusammenhang dessen, was wir erleben, mit dem unmittelbar Vorhergehenden aufzusuchen. Nicht als ob der Verfasser etwa in der leichten Kunst des Rückwärtsprophezeiens zu glänzen suchte; nichts weniger als das. Aber er regt durch die Folgerichtigkeit seiner Gedankengänge dazu an, in der von ihm eingeschlagenen Richtung weiter vorzufühlen und Ursache und Wirkung miteinander in Verbindung zu bringen. Nur gedankenlose Oberflächlichkeit kann „die Schuld am Weltkriege" allein in den Vorgängen suchen, die in die Sommermonate des Jahres 1914 fielen. Was damals geschah, findet seine Erklärung in der gesamten zwischenstaatlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Der Historiker Friedjung ist unparteiisch genug, dem Leser nicht eine einseitige Deutung der Geschehnisse aufzudrängen, zugleich aber von einer Kraft der eigenen Ueberzeugung, die, ohne es zu wollen, für sich einnimmt. Ueber Weltherrschaft und Weltkrieg sagt er in der Einleitung zum ersten Bande: Die Einigung Deutschlands war das größte Ereignis in dem Zeitraum gewesen, der von der nationalen Idee beherrscht wurde, ebenso war in der darauf folgenden Epoche des Imperialismus der Eintritt der Deutschen in die Weltpolitik die alles beherrschende Tatsache. Die anderen seefahrenden Nationen fühlten sich beeinträchtigt oder gaben vor, bedroht zu sein. Nicht gerade durch Deutschlands koloniale Erwerbungen, die nicht sehr bedeutend waren, wohl aber durch seinen über alle Erwartungen in die Höhe schnellenden Außenhandel; nicht durch das mitteleuropäische Bündnis, sondern durch Deutschlands wachsenden Einfluß auf die islamische Welt. Seitdem Deutschland in Stambul festen Fuß faßte und seine Ingenieure die Eisenstränge nach Bagdad und Mekka legten, fanden sich Großbritannien und Rußland, ehemals Nebenbuhler, zu seiner Bekämpfung zusammen. Deutschlands natürliche Kraft war durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn erhöht, welches in den Augen der Russen gleichfalls eine schwere Schuld auf sich lud; es legte sich quer über den Landweg, auf dem Rußland zur Eroberung Konstantinopels ausziehen wollte. Die alten Grenzstreitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich im Elsaß, zwischen Oesterreich und Rußland in Polen flossen mit der neuen Weltnebenbuhlerschaft in einen Strom des Hasses zusammen."

Das Werk vereinigt mit der bei einem Forscher wie Friedjung selbstverständlichen Wissenschaftlichkeit eine edle Schlichtheit des Ausdrucks die es auch dem Laien zugänglich macht. Diesen Vorzug besonders hervorzuheben erscheint deshalb angebracht, weil es leider viele deutsche Gelehrte unter ihrer Würde halten, sich einer gemein verständlichen Schreibweise zu bemühen. Und doch ist das von wesentlichem Einfluß auf den Wert eines Buches, das sich seinem Inhalte nach an die Gesamtheit des Volkes wendet. In diesem Sinne kann Friedjungs Geschichtswerk zugleich als ein Volksbuch im besten Sinne des Wortes bezeichnet werden. — id.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 9. Februar 1919.

Altstädt. evangel. Kirche. Vormittag 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Jacobi. Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Abends 6 Uhr: Gottesdienst Herr Pfarrer Lic. Freytag. Kollekte zur Erneuerung des Innern der Kirche.

Neustädt. evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Superintendent Waubke.

Garnisonkirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Garnisonpfarrer Lic Klingenburg. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Amtswoche: Herr Garnisonpfarrer Lic Klingenburg.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Arndt.

Evangelisch lutherische Kirche (Bachestraße). Vorm. 9½ Uhr: Predigt-Gottesdienst Vorm 10½ Uhr: Kindergottesdienst. Herr Pastor Wohlgemuth.

St. Georgenkirche. Vorm 9½ Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Johst. Vorm. 11½ Uhr: Kinder-Gottesdienst Derselbe. Nachm. 5 Uhr Gottesdienst. Herr Pfarrer Heuer. Kollekte für die Armen der Gemeinde.

Gemeinschaft für entsch. Christentum, Baderstraße 28 Hof-Eingang. Evangelisations-Versammlungen jeden Sonn- und Feiertag nachmittags 4½ Uhr. Bibelstunden, jeden Dienstag u. Donnerstag abds.

Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche. Evangelisationskapelle Culmer Vorstadt (am Bayerndenkmal). Früh 8½ Uhr: Gebetstunde. Nachmittag 2 Uhr: Kinder-Gottesdienst Nachm. 4½ Uhr: Evangelisations-Versammlung. Nachm. 6 Uhr: Jugendbund. — Mittwoch abds. 7½ Uhr: Bibelstunde.

Baptistengemeinde (Heppnerstraße). Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst Herr Prediger Hintze. Vorm. 11½ Uhr: Kinder-Gottesdienst. Nachm. 4 Uhr Gottesdienst Nachm 6 Uhr: Jugendverein. — Mittwoch abends 7 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde. Herr Prediger Weiser.

Evangel. Kirchengemeinde Seglein. Vorm. 10 Uhr: Haupt-Gottesdienst Nachm 1½3 Uhr: Kindergottesdienst. Herr Pfarrer Franz.

Thorner ev.-Kirchl Blaukreuz-Verein. Nachm. 3 Uhr Versammlung in der Aula der Mädchen-Mittelschule, Gerechtestraße 4 (Eingang Gerstenstr.) Jedermann willkommen.

Christlicher Verein junger Männer, Tuchmacherstr. 1. Nachm. 4 Uhr. Versammlung.